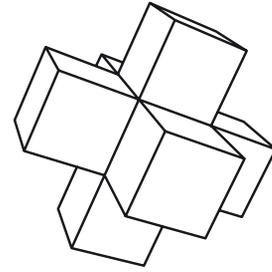


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Kreuzworträtsel	22
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Entscheide umsetzen

Der Parteitag vom 19. April hat die Kernthemen der FDP festgelegt. Diese Themen sind nun verbindlich. Wir kämpfen mit viel Energie und Nachdruck für Arbeitsplätze, den nationalen Zusammenhalt, sichere Sozialwerke und für einen schlanken, bürgerfreundlichen Staat. Alle sind nun aufgefordert, sich für die Zukunft der FDP und die Zukunft der Schweiz einzusetzen. **Seite 3**

Auslandsschweizer des Jahres

Der prestigeträchtige Auslandsschweizerpreis wurde heuer bereits zum 7. Mal vergeben. Auslandsschweizer 2008 ist der Archäologe Ulrich Bellwald. **Seite 6**

Einbürgern mit Hirn

Am 1. Juni wird über die Initiative «Für demokratische Einbürgerungen» abgestimmt. Eine Annahme dieser Initiative wäre ein Schritt zurück in die Vergangenheit und zur Willkür. **Seite 10**

Gesundheit

Der Gesundheitsartikel, über welchen wir am 1. Juni abstimmen, sorgt erstmals für Transparenz, ermöglicht die freie Wahl von Arzt und Spital und verbessert die Qualität der medizinischen Versorgung. **Seite 21**



Eine Welle geht durch die FDP: Generalsekretär Stefan Brupbacher, Bundesrat Hans-Rudolf Merz und Nationalrat Filippo Leutenegger (v.l.n.r.)

Die FDP bewegt die Schweiz

Die Konzentration auf zwei Grundsätze und drei Kernthemen. Dies hat der Parteitag der FDP am 19. April beschlossen. Damit ist die FDP für ihre Rolle als liberale Herausfordererin gerüstet.

Arbeitsplätze, nationaler Zusammenhalt und schlanker, bürgerfreundlicher Staat; dies sind die drei Kernthemen, auf welche sich die FDP in den kommen-

den Jahren konzentrieren wird. Ein gut besuchter Parteitag hat dies beschlossen. Nun geht es an die gemeinsame Umsetzung. **Seiten 12/13**

Finanzplatz Schweiz im Scheinwerferlicht

Unser Finanzplatz steht im Scheinwerferlicht. Das ist an sich nicht aussergewöhnlich, denn der Finanzsektor ist ein tragender Pfeiler unserer Volkswirtschaft und unseres Wohlstandes. Er erwirtschaftet über 15 Prozent der Wertschöpfung und beschäftigt mehr als fünf Prozent der arbeitenden Bevölkerung, wobei die indirekt mit dem Finanzsektor verbundenen Aktivitäten darin nicht eingerechnet sind.

Doch zurzeit ist das Scheinwerferlicht besonders grell. Sei es wegen der US-Hypothekarkrise oder internationalen Steueraffären: Viele Augen ruhen auf unserem Finanzplatz, und viele Mäuler fühlen sich berufen, ihre Analysen kundzutun. Was mir dabei besonders auffällt, ist der häufige Ruf nach dem Staat. Gemäss diesem Ruf soll der Staat diesen Krisen und Affären begegnen, indem er verstärkt reguliert, überwacht und interveniert.

Was antworte ich als liberaler Finanzminister darauf?

Als Liberaler bin ich überzeugt, dass Menschen und mit ihnen die Wirtschaft durch ein gutes Umfeld zu eigenem Wachstum animiert werden können. Der Staat soll jedoch das Wachstum nicht anstelle des Menschen organisieren. Stattdessen soll und kann der Staat An-



Hans-Rudolf Merz

reize schaffen, Fehlanreize eliminieren, effiziente Regulierungen sicherstellen sowie den Wettbewerb beaufsichtigen. Liberalismus bedeutet also nicht «Laissez faire» im Sinne eines Nachtwächterstaates, der sich aus der Wirtschaft gänzlich heraushält. Als Liberaler weiss ich, dass unsere Gesellschaft einen starken Staat braucht – aber auch einen schlanken.

Als Finanzminister bin ich stolz, einem starken und schlanken Departement vorzustehen. Wenn dieser Tage der Ruf ertönt, der Staat müsse Massnahmen ergreifen gegen die Auswirkungen der Finanzmarktkrise oder internationaler Steueraffären, bleibe ich gelassen. Denn im EFD arbeiten wir unabhängig von diesen Rufen unablässig an

Reformen zugunsten unseres Finanzplatzes. Ich möchte ein paar Beispiele unserer jüngsten Arbeit nennen:

- Das Zinsbesteuerungs- und das Betrugsbekämpfungsabkommen mit der EU
- Die «Richtlinien für die Finanzmarktregulierung»
- Die Totalrevision des Versicherungsaufsichtsgesetzes
- Das neue Kollektivanlagegesetz
- Der Beitritt zum «Financial Stability Forum»
- Das neue Finanzmarktaufsichtsgesetz
- Der Abschluss und die Anpassung von zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen
- Die Unterstützung von Reformen im Internationalen Währungsfonds
- Die Umsetzung der revidierten GAFI-Richtlinien zur Geldwäschereibekämpfung
- Die Revision des Börsengesetzes

Jede einzelne dieser Reformen stärkt die Rahmenbedingungen unseres Finanzplatzes. Unser Finanzplatz braucht aber auch eine wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik und nachhaltig gesunde Staatsfinanzen. Auch dafür kämpfe ich. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass unser Finanzplatz einen her-

vorragenden Ruf genießt und im Wettbewerb der weltweit besten Finanzplätze zuvorderst mitspielt.

Ein starker, aber schlanker Staat kann und soll aber nicht alles richten. In einer freiheitlichen Marktordnung kommt den privaten Akteuren eine zentrale Verantwortung zu. So hat die Schweizer Finanzbranche im vergangenen Herbst beispielsweise ihren «Masterplan Finanzplatz Schweiz» vorgestellt. Das Ziel lautet, die Schweiz, neben London und New York, im internationalen Geschäft bis 2015 als Top-3-Finanzplatz zu positionieren. Als Finanzminister freue ich mich über diese Initiative des Finanzplatzes. Zwecks Vertiefung des Dialogs zwischen den Behörden und dem Finanzsektor habe ich den «Steuerungs-ausschuss Dialog Finanzplatz (STAFI)» ins Leben gerufen.

Ich will die anstehenden Herausforderungen gemeinsam mit den privaten Akteuren meistern. Dafür ist unser liberaler Staat dank konstanten Reformen gerüstet. So kann sich der Schweizer Finanzplatz im internationalen Scheinwerferlicht auch künftig mit Stolz präsentieren

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Léonard Bender

Selbst ohne Französischkenntnisse versteht man ihn, den zurückgetretenen Vizepräsidenten Léonard Bender. Wenn er die Bühne betritt, dann brodeln die freisinnig-liberale Vulkan aus dem Unterwallis. Mit seiner Energie weckt er die Begeisterung, für die liberale Familie zu kämpfen. Selbstverständlich wird die FDP auch nach Léonard Benders Rücktritt als Vizepräsident diese Gabe weiter nutzen. Léonard hat man



**Léonard Bender,
der Kopf des Monats.**

nicht zum letzten Mal auf freisinnigen Bühnen gesehen.

Geits no?

Zum Glück trifft ein gängiges Vorurteil nicht zu. Das Bild der armen alten Rentner wurde durch eine wissenschaftliche Studie korrigiert. Diese zeigt, dass das System der Altersvorsorge funktioniert. Die Studie brachte aber noch anderes zutage: Es sind primär Familien, welchen es weniger gut geht. Sie tragen die ganze Last – auch in Bezug auf die Sozialabgaben. Bereits geistern deshalb Ideen herum, man könnte bei Rentnern eine Abgabe erheben und diese an die jüngere Generation verteilen. Diese ge-

plante Umverteilungsbürokratie erinnert an Seldwyla: Zuerst nimmt man weg und verteilt um. Anschliessend nimmt man jenen weg, die erhalten haben, und verteilt wieder zurück. Wesentlich vernünftiger wäre es, Steuern und Abgaben zu senken und für ein tieferes Preisniveau zu sorgen. So unterstützt man die erwerbstätige Bevölkerung am wirkungsvollsten.

Wir haben entschieden, jetzt wird umgesetzt

Der Parteitag vom 19. April hat die Kernthemen der FDP festgelegt. Diese Themen sind nun verbindlich. Wir kämpfen mit viel Energie und Nachdruck für Arbeitsplätze, den nationalen Zusammenhalt, sichere Sozialwerke und für einen schlanken, bürgerfreundlichen Staat. Alle sind aufgefordert, sich für die Zukunft der FDP und die Zukunft der Schweiz einzusetzen.

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Die Inszenierung um Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in den vergangenen Wochen zeigt vor allem eines ganz deutlich: Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen der FDP und allen anderen Parteien. Frau Widmer-Schlumpf ist eine klar bürgerliche Bundesrätin. Sie hat Potenzial und wir arbeiten mit ihr zusammen. Aber eine Heldin ist sie nicht. Sie hat die Interessen ihrer Partei grob missachtet: Jede andere Interpretation wäre Schönfärberei. Was die SVP aber daraus macht, ist das, was die SVP seit mindestens einem Jahrzehnt immer und immer wiederholt: eine Schweinerei.

Auf der anderen Seite ist das Verhalten der CVP und SP Heuchelei. Keine 100 Tage nachdem SP-Fraktionschefin Wyss und Staatsratskandidat Darbellay Widmer-Schlumpf auf den Bundesratsschild gehoben haben, haben sie die gleiche Person durch ihr selbstgefälliges Auftreten in einer TV-Dokumentation fallengelassen. Damit haben sie sie ans Messer der SVP-Hardliner geliefert. Dieses Doppelspiel von links ist stil- und verantwortungslos.

Wir Freisinnigen bekämpfen die Politik der SVP. Wir wollen nicht die Handlanger des Lieblingsspiels der SVP sein: Sie gegen den Rest der Schweiz; sie gegen die Classe politique; sie gegen die Netten und Linken. Hier wollen wir nicht mitspielen, sondern eigenständig politisieren. Wir wollen aber auch nicht in den Chor der Empörten von CVP und Links einstimmen, weil wir auch keine Neuauflage der Koalition der Vernunft der neunziger Jahre wollen. Denn diesen Fehler



Fulvio Pelli

haben wir bereits vor über zehn Jahren gemacht. Er hat den Staat Milliarden Franken und uns Tausende Wählerstimmen gekostet.

Ich bin froh, in der FDP zu sein. Unsere Kultur ist anders als die der anderen Parteien. Wir kennen keine Verräter. Wir behandeln unsere Mitglieder mit Respekt. Wir organisieren keine Intrigen und kämpfen mit offenem Visier. Seien wir stolz auf unsere politische Kultur. Wir sind eine liberale Familie: mit Streit, aber auch Versöhnung. Wir stehen zusammen.

Herausforderer-Strategie

Zusammen mit unseren Freunden der Liberalen Partei wollen wir die liberalen Herausforderer sein. Liberale Herausforderer bedeutet: schnelle, klare und liberale Positionierung. Unsere Position muss ohne Wenn und Aber sein. Unsere Position muss klar und verständlich sein. Besiegen wir unsere Sucht nach «Ja, aber». Das sind Ausflüchte von Technokraten und Angsthasen. Bekennen wir uns als Herausforderer zum «Ja, ja», oder – wenn nötig – zum «Nein, nein». Und vertreten wir diese Position geschlossen, mit einer Stimme.

Profilierte Köpfe

Um besser entscheiden zu können, aber auch um besser in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu sein, wurden sechs Persönlichkeiten bestimmt, welche in den drei Kernthemen eine Leader-Position übernehmen. Wir nennen sie Leuchttürme. Isabelle Moret und Hannes Schneider Ammann für Arbeitsplätze, Christa Markwalder und Ignazio Cassis für den nationalen Zusammenhalt, Christian Lüscher von unseren liberalen Freunden und Philip Müller für den schlanken und bürgernahen Staat. Das sind sechs Persönlichkeiten. Sie sind glaubwürdig. Sie haben mediales Talent. Sie zeigen eine grosse Einsatzbereitschaft, denn dieser Aufgabe soll Priorität zukommen. Es sind alles Persönlichkeiten mit Ecken und Kanten. Damit sind sie Integrationsfiguren. Sie erlauben, Themen und Personen zu verbinden. Sie tragen unsere Themen zum Bürger. Doch sie werden auch parteiinterne Arbeit leisten. Die Kernthemen gelten auch für die Kantone. Dafür ist Koordination notwendig.

Task-Forces für weitere Themen

Freisinnige lieben es, alle Themen zu behandeln. Sie werden sich deshalb vielleicht fragen: Wo sind die Themen Sicherheit oder Energie und Umwelt? Themen, die zurzeit aktuell sind. Diese Themen sind fest in unseren Köpfen und auf unserer Agenda präsent.

Für Sicherheit und Umwelt bilden wir je eine Task-Force. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Kantonen liefern wir dort

liberale Lösungen. Seien wir uns aber bewusst, dass diese Themen im Moment von anderen Parteien besetzt werden.

Nutzen wir die Chance

In Rapperswil habe ich die FDP mit einem Boot verglichen, das in den kommenden Jahren Sturmwinden von links und rechts ausgesetzt sein wird. Dem manchmal ein Segel zerreist, wenn wir eine Sachvorlage verlieren. Auf dem einige Freisinnige seekrank werden oder über Bord springen. Denn wie angekündigt: Ab morgen werden öffentlich ausgetragene Kursdiskussionen in Kernthemen in der liberalen Familie nicht mehr toleriert. Wir werden Meuterer nicht aus der Partei ausbürgern wie andere Parteien. Aber wir werden diese hinter verschlossenen Türen ins Gebet nehmen und sie zur Zusammenarbeit auf einer Linie überzeugen. Hier und nicht nur in den Medien werde ich kämpferischer und kompromissloser sein als bisher.

Ein geeinter Freisinn mit klarem Profil, das kann uns gelingen. Davon bin ich überzeugt. Diese Überzeugung gibt mir die Kraft und Motivation, Tag für Tag für unsere Partei durch die Schweiz zu fahren. Denn uns allen ist eines gemeinsam: Wir wollen eine erfolgreiche Schweiz, und wir wollen endlich wieder einen gewinnenden Freisinn.

Nutzen wir deshalb unsere Chance: Wir sind die einzige Reform- und Regierungspartei rechts der Mitte. Seien wir stolz auf die freisinnige Familie und ihre Kultur. Setzen wir uns mit mehr Selbstbewusstsein für unsere Partei ein.

Veranstaltungshinweis

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 28. Juni in Olten statt. Detaillierte Informationen folgen im nächsten «Freisinn».



FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst

Die FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst ist der Zusammenschluss der freisinnig-liberalen Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung. Sie baut ein Beziehungs- und Wissensnetz innerhalb der öffentlichen Verwaltung und zu anderen FDP-Organisationen auf.

Gelegenheit für diese Vernetzung bietet ein umfang- und abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm:

Mittwoch, 20. August 2008

Boccia-Abend

Grottino, Bern, Dalmaziquai, Bern

Mittwoch, 22. Oktober 2008, 16.00 Uhr

Stadtführungen zu den Themen:

Bern-Kriminell

Bern-Diplomatie

Referenten und Schauspieler von www.stattland.ch

Montag, 15. September 2008, Beginn 18.00 Uhr

Treffen mit Herrn BR HR Merz

Bernerhof, Bundesgasse 3, Bern

Donnerstag, 6. November 2008, 18.15

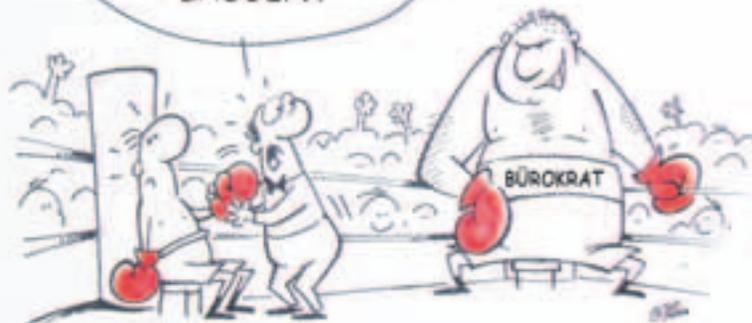
Generalversammlung 07

Rest. zur Webern, Saal 1. Stock, Gerechtigkeitsgasse, Bern

Weitere Informationen zur FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst unter www.fdp-od.ch.

BÜROKRATIE BEKÄMPFEN

NUR NICHT
BEEINDRUCKEN
LASSEN!



-Tipp



Alex Reichmuth:

Verdreht und hochgespielt

Wie Umwelt- und Gesundheitsgefahren instrumentalisiert werden.

312 Seiten, Klappenbroschur, ISBN 978-3-03823-410-4, Fr. 38.–

Anzeige



**«In drei Jahren
Wähler gewinnen –
jetzt professionell schulen!»
Certificate of Advanced Studies
Politische Kommunikation**

24 Kurstage à 8 Lektionen
plus Projektarbeit,
21.8. bis 19.12. 2008,
freitags und samstags, 9.00 – 17.00 Uhr

Weitere Informationen:

[www.linguistik.zhaw.ch/iam/
politische-kommunikation](http://www.linguistik.zhaw.ch/iam/politische-kommunikation)

Kooperation mit
www.berner-politgespraeche.ch

Informationsapéros:

7. Mai und 28. Mai 2008, 18.30 Uhr
Anmeldung unter info.iam@zhaw.ch

IAM Institut für Angewandte
Medienwissenschaft
Zur Kesselschmiede 35
8401 Winterthur

Basel-Stadt

Libérale Umweltpolitik

Die FDP Basel-Stadt hat ein umfassendes Positionspapier zur Umweltpolitik verfasst. Die Basler FDP sieht in der laufenden Verbesserung unseres Lebensumfelds eine anhaltende Aufgabe, die mehr Chancen als Risiken birgt. Das vorliegende Positionspapier definiert die Umweltschutzpolitik, namentlich auch die Energie- und Verkehrspolitik, aus liberaler Sicht.

Freiburg

Neuer Parteipräsident

Jean-Pierre Thürler ist neuer Präsident der Freisinnig-Liberalen Partei des Kantons Freiburg. Die Delegierten haben den 55-jährigen Thürler am 17. April zum Nachfolger von Charly Haenni gewählt. Haenni führte die Geschicke der Freiburger FDP während vier Jahren.

Glarus

Andrea Bettiga neuer Regierungsrat



Der 48-jährige Andrea Bettiga hat den zweiten FDP-Sitz in der Glarner Regierung erfolgreich verteidigt. Im zweiten Wahlgang setzte er sich gegen einen Vertreter der SVP durch. Bettiga tritt damit die Nachfolge von Pankraz Freitag an, welcher seit März den Kanton Glarus als FDP-Ständerat vertritt.

Schwyz

Doppelmandat



Die 32-jährige Petra Gössi ist neue Fraktionschefin der FDP Schwyz. Sie ist die erste Frau an der Spitze der Schwyzer FDP-Fraktion. Daneben amtiert Gössi weiterhin als Sekretärin der Schwyzer Kantonalpartei.

Zürich

Personal-Rochaden



Bei der Zürcher Kantonalpartei gibt es zahlreiche personelle Veränderungen. Der bisherige Fraktionschef im Zürcher Kantonsrat, Beat Walti (Bild unten), übernimmt das Präsidium von Nationalrätin Doris Fiala. Waltis Nachfolger an der Spitze der FDP-Fraktion ist der 36-jährige Thomas Vogel (Bild oben). Auch an der Spitze des Zürcher Kantonssekretariats steht ein Wechsel an. Der Parteivorstand hat David Müller, den bisherigen Sekretär der FDP-Kantonsfraktion, als neuen Geschäftsführer nominiert. Er soll Andreas Hammer ersetzen, welcher in die Privatwirtschaft wechselt. Die Wahl Müllers erfolgt am 5. Juni.



St. Gallen

Hartmann in den Startlöchern



Im 2. Wahlgang der St. Galler Regierungsratswahlen vom 4. Mai tritt FDP-Fraktionschef Andreas Hartmann erneut an. Im ersten Wahlgang erzielte er ein sehr gutes Resultat. Bereits gewählt sind die FDP-Vertreter Karin Keller-Sutter und Willi Haag.

St. Gallen

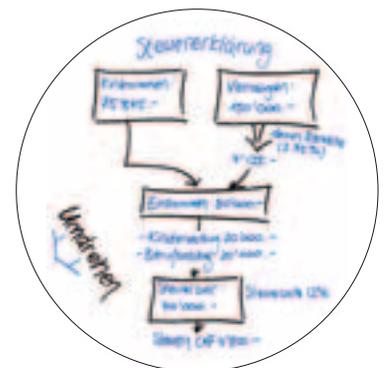
Integrationspolitik: Fordern und Fördern

Die FDP St. Gallen hat im Kantonsparlament einen Vorstoss für eine Standesinitiative eingereicht. Diese verlangt, dass von Personen, welche sich in der Schweiz niederlassen wollen, ein Mindestmass an Integrationsanstrengung verlangt wird. Dies hat beispielsweise auch die FDP Schweiz im Rahmen ihrer Positionenbezüge zur Integrationspolitik verlangt. Auslöser für den Vorstoss der FDP St. Gallen war ein Bundesgerichtsentscheid. Das oberste Gericht hatte entschieden, dass eine «integrationsunwillige Haltung» kein ausreichender Grund für eine Ausweisung sei.

Thurgau

Einfach Steuern

Die FDP Thurgau hat bei der Regierung eine Petition mit rund 4000 Unterschriften für eine EasySwissTax eingereicht. Dadurch wird der Druck für die Vereinfachung der Steuern, wie sie von der FDP in der ganzen Schweiz angestrebt wird, weiter erhöht. Unterdessen hat die Thurgauer Regierung angekündigt, dass sie eine Flat-Rate-Tax einführen möchte.



Thurgau

Rücktritt von Gabi Badertscher



Nach sieben Jahren an der Spitze der FDP Thurgau gibt Gabi Badertscher das Präsidium aus beruflichen Gründen Mitte Juni ab. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung der beiden Vizepräsidenten Regula Brunner und Anders Stokholm kümmert sich um die Regelung der Nachfolge.

7. Auslandschweizerpreis 2008

Archäologe Ulrich Bellwald ist Auslandschweizer des Jahres

Bereits zum 7. Mal hat die FDP Schweiz International den Auslandschweizerpreis vergeben. Der prestigeträchtige Preis ging dieses Jahr an den in Jordanien lebenden Archäologen Ulrich Bellwald. Der Preis wurde am 27. März in Rüschlikon, unter Anwesenheit von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, vergeben.

Die Jury, unter der Leitung von Frau Hanna Widrig, hat Ulrich Bellwald aus 30 Nominierungen ausgewählt. Der 59-jährige in Jordanien lebende Schweizer ist einer der bedeutendsten Archäologen in Petra, dem wichtigsten Weltkulturerbe Jordaniens.

Mit grossem Einsatz und unermüdlicher Ausdauer hat Ulrich Bellwald den majestätischen Zugang zur alten Stadt Petra, den sogenannten Siq, restauriert. Er hat damit Grundlegendes für die Zukunft Jordaniens und einen Beitrag zur Verständigung zwischen der islamischen und der westlichen Zivilisation geleistet.

Die Verleihung des Auslandschweizerpreises fand im Swiss Re Center in Rüschlikon statt. Als Gastreferenten traten ETH-Präsident Ralph Eichler und Botschafter Paul Widmer auf.

Der Auslandschweizerpreis wurde im Jahre 2002 von der FDP Schweiz International ins Leben gerufen und ehrt Menschen, die sich im Ausland speziell verdient gemacht haben. Zudem soll der Preis die Schweizer Bevölkerung auf die Bedeutung der «fünften Schweiz» aufmerksam machen.



Ulrich Bellwald (Mitte) nimmt den Preis von Jurypräsidentin Hanna Widrig und von Markus Hutter, Präsident FDP Schweiz International, entgegen.



Hielt die Laudatio: Paul Widmer, Botschafter und ständiger Vertreter der Schweiz im Europarat.

Maulkorbinitiative

Redefreiheit oder Schweigen der Regierung?

Die Maulkorbinitiative will dem Bundesrat im Abstimmungskampf den Mund verbieten. Dies wäre eine Schwächung unserer Demokratie.

Welch eine Ironie: die Volksinitiative, die eigentlich den Titel «Volksouveränität statt Behördenpropaganda» trägt, wird heute umgangssprachlich schlicht «Maulkorbinitiative» genannt. Sie wurde im August 2004 von einem Verein mit dem schillernden Namen «Bürger für Bürger» deponiert. Auf dessen Internetseite stand zu lesen, die Initiative bezwecke «eine offene und ehrliche Information» und solle die «Konsensfindung fördern».

Im Klartext will die «Maulkorbinitiative» nichts weniger, als dem Bundesrat eine absolute Schweigepflicht auferlegen, ihm ausgerechnet in den politisch so wichtigen Abstimmungsdebatten das Wort verbieten. Sollte die Initiative vom Volk gutgeheissen werden, wäre es einem der wichtigsten Akteure des demokratischen Prozesses von Verfassungen wegen verboten, zur Bildung der öffentlichen Meinung beizutragen. Der Vorstoss ist übertrieben und gefährlich und muss daher verworfen werden, wie es auch Bundesrat und Parlament mit klaren Voten beantragt haben.

Die politischen Institutionen müssen gestärkt werden

Um dem Wandel der modernen Informationsgesellschaft zu begegnen, muss unser Regierungssystem gestärkt werden. Werte wie Stärke und Kollegialität müssen wieder gefördert werden, und die Regierungsbehörden müssen die Möglichkeit haben, das Volk klar und objektiv (und eben ohne Propaganda zu betreiben) zu informieren. Ausserdem müssen unsere Volksvertreter ungestraft den Mut aufbringen können, schwierige Entscheidungen zu treffen und deren Begründung und Konsequenzen zu erklären. In Abstimmungskampagnen kann die Stimme des Bundes-

**Volksabstimmung vom 1. Juni:
NEIN zur Volksinitiative «Volksinformation statt Behördenpropaganda»**



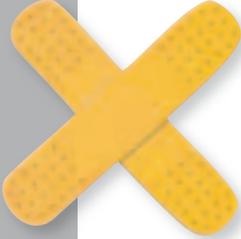
Die Schweiz braucht eine handlungsfähige Regierung!

NEIN zur Zensur!

NEIN zur Maulkorbinitiative!

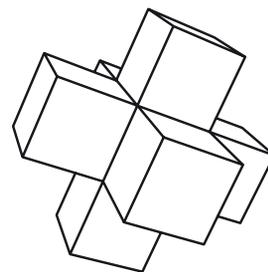
Das überparteiliche Komitee:





rates in der Tat ausschlaggebend sein. Und das Vertrauen des Volkes in seine Regierung und dessen politische Fahrtrichtung kann durch eine klare und unmissverständliche Haltung des Bundesrates nur gestärkt werden.

Die «Maulkorbinitiative» zielt aber in die genau entgegengesetzte Richtung und würde die bekannten Schwierigkeiten nur verstärken, indem sie es dem Bundesrat verunmöglichen würde, eine klare Position zu beziehen, nötigenfalls in die öffentliche Debatte einzugreifen und damit seine eigentliche Aufgabe wahrzunehmen. Sie würde einen fundamentalen Bruch in unserer demokratischen Tradition bedeuten, indem sie die Stimme der Regierung entscheidend schwächen würde. Dementsprechend muss diese «Maulkorbinitiative» am 1. Juni klar verworfen werden.



Chance des Monats

Kernthemen

Die FDP hat ihre Kernthemen für die Zukunft festgelegt. Diese sind einfach, klar und prägnant. Damit kann die FDP ihre Strategie als liberale Herausforderin umsetzen. Dies gelingt aber nur, wenn die FDP-Kantonalparteien die Kernthemen übernehmen und die Freisinnigen im ganzen Land diese Themen zu den Bürgerinnen und Bürgern tragen. Die Chance, für die Schweiz und die FDP eine Trendwende zu schaffen, ist jetzt da. Packen wir diese Chance.

Wacht auf!

Jetzt muss das Volk aufwachen! Was sich die SVP-Spitze erlaubt, kann und darf nicht geduldet werden. Diese Art zu politisieren zerstört unsere Demokratie und ist gefährlich. Wir haben dies in der Geschichte leider schon schmerzlich erfahren müssen. Es war bis jetzt immer unsere Stärke, verschiedene Parteien zu haben, die sich für bestimmte Themen einsetzen. Gemeinsam wurden Lösungen gesucht, auch wenn es gelegentlich zu harten Auseinandersetzungen kam. Es wurde aber über Sachpolitik gesprochen. Die SVP wird wie eine Sekte geführt, wobei der Guru spricht und die anderen sind ihm hörig, denn eine andere Meinung wird nicht geduldet. Die Fernsehsendung mit den beiden Brüdern Blocher hätte allen die Augen öffnen müssen. Herr Ospel von der UBS ist einer der besten Freunde von Herrn Blocher und es zeigt sich jetzt, zu was Machtmenschen fähig sind.

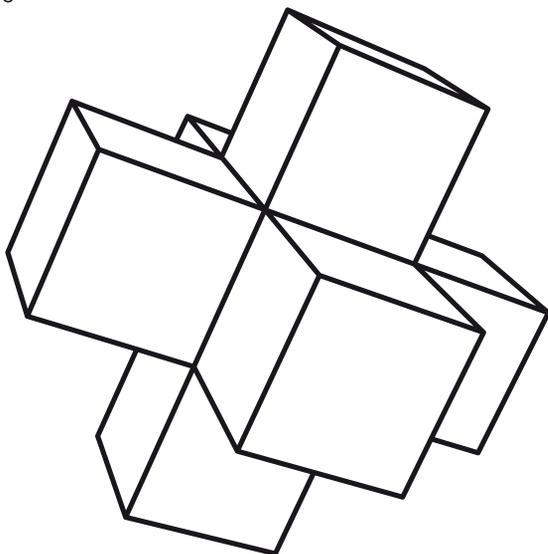
In der SVP gab es immer auch sehr gute Politiker. Es ist jetzt aber kaum nachzuvollziehen, weshalb die gemässigten und normalen SVP-Politiker keine Zivilcourage zeigen und sich nicht gegen diese Diktatur auflehnen. Die Hetzjagd gegen Frau Eveline Widmer-Schlumpf ist eine primitive politische Handlung. Bravo Bündner SVP!! Als Sportler ist es für mich schwer zu verstehen, weshalb Herr Adolf Ogi, der sich als Botschafter weltweit für Friede und Toleranz eingesetzt hat, jetzt schweigt, denn jetzt müsste er in der Schweiz seine SVP zu Frieden, Toleranz und Anstand auffordern.

Jetzt müssen die anderen Parteien aktiv werden und gute Sachpolitik betreiben, damit unsere demokratischen Werte erhalten werden können. Die FDP sollte sich endgültig aus dem Schlepptau der SVP lösen.

Siegfried Allemann, Crans-Montana, ehemaliger Spitzensportler

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung



Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 St.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Weg mit alten Zöpfen – Aufgabenüberprüfung kommt voran

Die Aufgabenüberprüfung des Bundes kommt endlich voran. Die FDP begrüsst die Fortschritte bei der Aufgabenüberprüfung des Bundes. Im Rahmen der vorgesehenen Vernehmlassung wird die FDP die vorgeschlagenen Massnahmen prüfen. Sie wird dabei vor allem darauf achten, dass es sich um eine echte Neuordnung der Aufgaben handelt.

Unter der Führung von Bundesrat Hans-Rudolf Merz ist es gelungen, die Herkulesaufgabe «Aufgabenüberprüfung» einen Schritt weiterzubringen – dies ist erfreulich. Mit der Aufgabenüberprüfung müssen sämtliche Aufgaben des Bundes systematisch und unideologisch auf Notwendigkeit, Wirksamkeit und Effizienz überprüft werden. Diese Überprüfung der Aufgaben des Bundes ist keine Sparübung. Es geht in erster Linie um die Frage, welche Aufgaben der Bund in Zukunft ausführt und welche nicht, weil sie nicht mehr nötig sind oder weil sie sinnvollerweise durch andere erledigt werden. Dass dabei auch Kosten wegfallen, liegt in der Natur der Sache.

Für den Herbst hat der Bundesrat eine Vernehmlassung zu einzelnen Massnahmen angekündigt. Die FDP wird diese Massnahmen in der angekündigten Vernehmlassung unter den Aspekten Notwendigkeit, Wirksamkeit und Effizienz prüfen und beurteilen. Es braucht eine echte Überprüfung der Aufgaben, bloss Verschiebungen der Finanzierung führen nicht zum Ziel. Aufgaben, welche nicht der Zukunft des Landes dienen, sind abzuschaffen. Alte Zöpfe müssen abgeschnitten werden.

Die FDP erwartet, dass der Bundesrat in der angekündigten Vernehmlassungsvorlage Massnahmen vorschlägt, welche diesem Anspruch genügen.

Endlich eine umfassende Wachstumspolitik – FDP-Forderung nach 7 Jahren erfüllt

Bereits 2001 hat die FDP den Bundesrat aufgefordert, ein Konzept für eine aktivere und umfassendere Wachstumspolitik vorzulegen. Nun hat der Bundesrat endlich einen Wachstumsbericht vorgelegt, der diesen Namen auch verdient. Der nun vorgelegte Bericht geht in die richtige Richtung. Die aufgeführten Massnahmen dürfen aber nicht tot Buchstabe bleiben, sondern müssen rasch umgesetzt werden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Wachstum und damit Wohlstand ermöglicht werden, ist eine permanente Aufgabe des Staates. Bisherige Wachstumsprogramme des Bundes wurden dieser Anforderung aber nicht gerecht, weil sie entweder unverbindliche Allgemeinplätze enthielten oder aber als Reaktion auf eine schlechte Konjunktur initiiert wurden und damit wirkungslos blieben. Die FDP-Fraktion hat deshalb bereits 2001 vom Bundesrat gefordert, die Wachstumspolitik umfassend zu betrachten und zu einer permanenten Aufgabe zu machen (01.3089 Mo. Freisinnig-demokratische Fraktion: Wachstumspolitik. Sieben Massnahmen, Sprecher: Nationalrat Johann Schneider-Ammann). Diese Forderungen der FDP schaffen Arbeitsplätze.

Der Bericht zur Wachstumspolitik 2008–2011 kommt den Forderungen der FDP nach und geht damit in die richtige Richtung. Nun ist es an Bundesrat und Parlament, die Massnahmen nicht bloss zu proklamieren, sondern rasch in die Tat umzusetzen, denn die Schweiz befindet sich in einem internationalen Standortwettbewerb.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Konsumentinnen und Konsumenten sollen möglichst rasch von den ergriffenen Massnahmen profitieren können.

Stopp der Schuldenwirtschaft – Schuldenbremse wird ergänzt

Endlich können neue Schulden nicht mehr am ordentlichen Haushalt und damit an der Schuldenbremse vorbeigeschleust werden. Mit der Ergänzungsregel zur Schuldenbremse kommt der Bundesrat einer zentralen Forderung der FDP nach. Die Schulden von heute sollen nicht unsere Kinder tragen. Die Transparenz der Bundesfinanzen wird erhöht und dem Volkswillen wird Nachdruck verschafft.

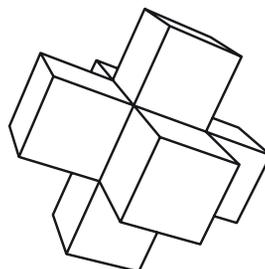
Mit der Schuldenbremse ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Defizite der ordentlichen Rechnung des Bundes über den Konjunkturzyklus hinweg zu eliminieren. Dank der konsequenten Finanzpolitik unter Bundesrat Hans-Rudolf Merz konnten zudem in den vergangenen Jahren positive Rechnungsabschlüsse erzielt werden. Damit konnte ein Teil der Schulden abgebaut werden.

Gleichzeitig wurden aber neue Schulden angehäuft. Denn von der Schuldenbremse werden die ausserordentlichen Aufwendungen nicht erfasst und diese sind in den vergangenen Jahren weiter angestiegen. Als Folge stieg auch die Schuldenlast des Bundes weiter an.

Bürgerinnen und Bürger interessiert es nicht, ob Schulden aus der ordentlichen oder ausserordentlichen Rechnung stammen. Sie interessiert der Stand der Schulden. Mit ihrem klaren Entscheid zur Schuldenbremse zeigten sie, dass Schulden nicht kommenden Generationen belastet werden dürfen. Die Ergänzung der Schuldenbremse ist deshalb eine zentrale Forderung der FDP im Rahmen ihrer Fokussierung auf drei Kernthemen für die Zukunft der Schweiz und stärkt den nationalen Zusammenhalt.

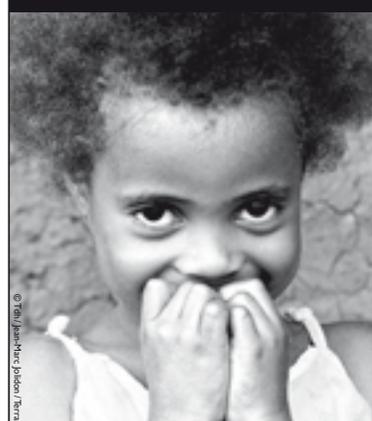
Die FDP-Fraktion hat bereits 2006 einen entsprechenden Vor-

stoss eingereicht (06.3442 Po. Freisinnig-demokratische Fraktion [Fraktion RL]: Volle Bremswirkung mit Ergänzungsregel zur Schuldenbremse). Mit der vorgeschlagenen Ergänzungsregel zur Schuldenbremse müssen ausserordentliche Aufwendungen neu in der ordentlichen Rechnung abgeschrieben werden. Damit kann die positive Wirkung der Schuldenbremse gesichert werden.



EINE SOLIDARITÄTS-PATENSCHAFT

für die Zukunft der Kinder



Terre des hommes

021/654 67 67

Terre des hommes, En Budron C8,
1052 Le Mont-sur-Lausanne
E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - www.tdh.ch

Demokratisch einbürgern mit Hirn!

Als Reaktion auf das Verbot von Einbürgerungen an der Urne durch das Bundesgericht lancierten im Jahr 2003 einige SVP-Schreibtischtäter die Initiative «Für demokratische Einbürgerungen».

In Emmen, wo diese Kontroverse ausgelöst wurde, verursacht dieses Volksbegehren heute selbst bei den Anhängern der SVP nur noch Kopfschütteln. Mit wenig Freude erinnere ich mich auch an die Praxis in der Stadt Bern zurück, wo im Stadtparlament mit einem Kreuzchen über Sein oder Nichtsein des Bürgerrechtes entschieden werden musste. Die Ausländer waren mir weder bekannt noch bestand eine Möglichkeit, im direkten Gespräch den Stand ihrer Integration festzustellen. Einzig einem bekennenden Linksaktivisten und Anarchisten aus Osteuropa konnte ich ruhigen Gewissens den Schweizer Pass verwehren. Kurz nach meinem Eintritt in den Stadtrat wurden die Einbürgerungen zum Glück der Exekutive übertragen.

Emmen führte aufgrund der Probleme mit Urnenabstimmungen und dem Verbot des Bundesgerichtes eine demokratisch gewählte und nach Parteienstärke zusammengesetzte Bürgerrechtskommission ein, die folgendes Verfahren durchführt:

- Studieren der Einbürgerungsgesuche
- Einholen von Informationen zu den Personen
- Reaktionen aus der Bevölkerung aufnehmen
- Gespräche mit den direkt Betroffenen durchführen
- Fällen eines begründeten Entscheides
- Einräumen einer Rekursmöglichkeit im Falle einer Ablehnung

Dieses und ähnliche mehrstufige Verfahren mit demokratisch zusammengesetzten Gremien bringen gegenüber unbegründeten Urnenabstimmungen und Entscheiden in Gemeindeversammlungen gewichtige Vorteile:



Christian Wasserfallen

– Gerade im persönlichen Gespräch mit den Ausländern können viele Fragen geklärt und vor allem festgestellt werden, wie weit die Integration effektiv fortgeschritten ist.

– Es kann klipp und klar gemacht werden, was für die Erteilung des roten Passes mit weissem Kreuz erwartet wird.

– Insbesondere die schriftlich und mündlich eröffneten Begründungen sind im Falle einer Ablehnung für die Antragstellenden hinsichtlich der Integration sehr wertvoll. Sie können sich ein Bild machen, wo sie sich zu verbessern haben, um einen positiven Entscheid zu erhalten.

– Die Begründungen erhöhen die Transparenz und vermeiden willkürliche Entscheide, wie jene, wo die Anträge von Leuten mit Nach-

nahmen «ic» konsequent abgelehnt werden.

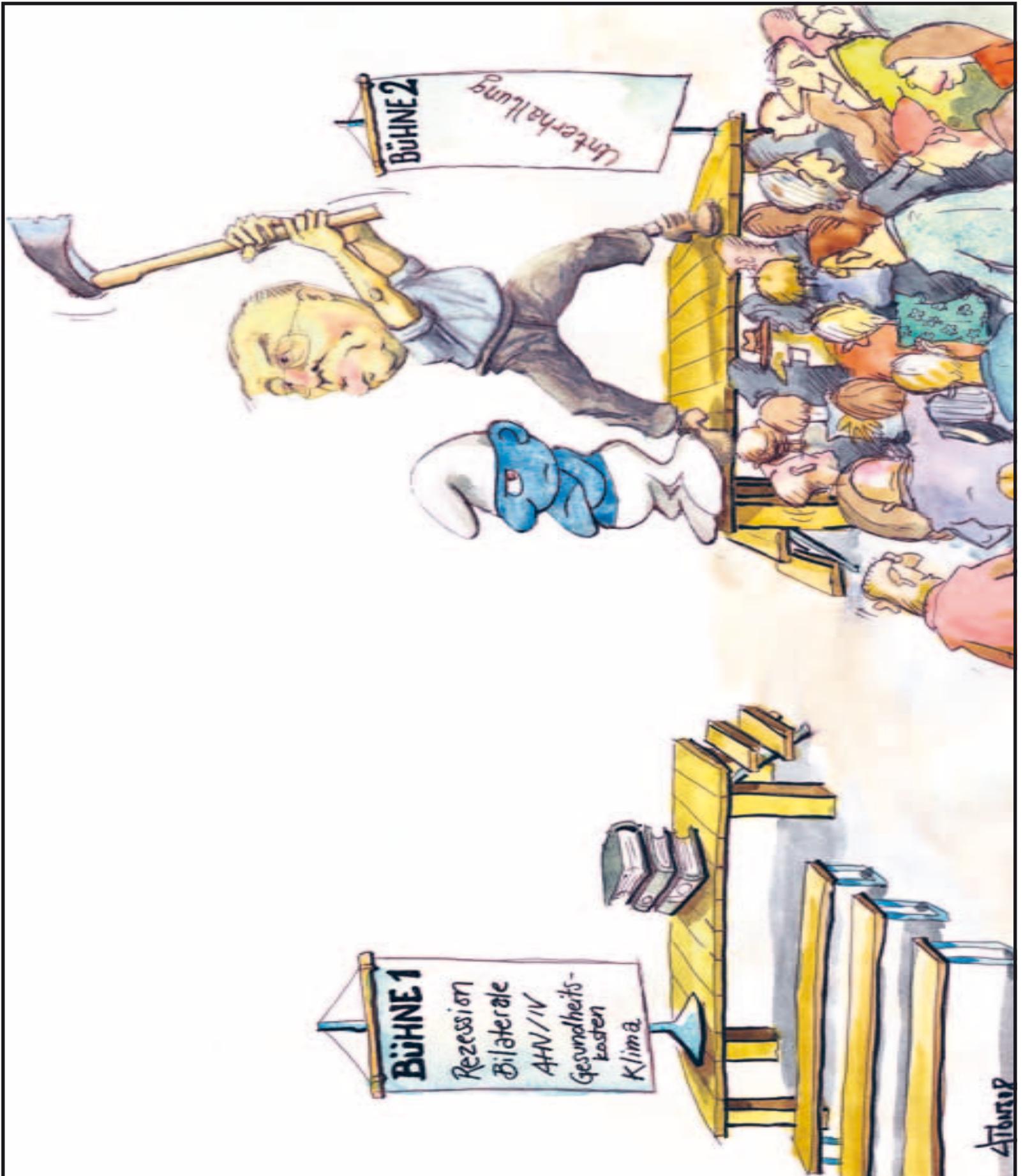
Ein Blick in die Praxis lässt erkennen, dass in der Schweiz zugebenermassen sehr freizügig eingebürgert wird. Der Schluss des nationalen Politbüros der SVP trifft jedoch nicht zu, nur mit Volksabstimmungen könne die Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechtes verhindert werden. Im Gegenteil: Gerade in einer Kommission kann aus genannten Gründen die Spreu am besten vom Weizen getrennt werden. Es darf nicht sein, dass in diesen Gremien mit einer rosaroten Brille eingebürgert wird, sondern es muss das Interesse der Schweizer Bevölkerung im Vordergrund stehen. Wenn die Vergabe des Bürgerrechtes nach einigem harten, aber fairen Kriterien erteilt wird, entstehen weniger

Problemfälle als bisher. Gerade bei auffälligen jungen Ausländern sollte im Zweifelsfall die Einbürgerung mit der Aufforderung, sich zu bessern, nicht erteilt werden. Einbürgerungen auf Probe werden damit hin-fällig.

Somit steht fest, dass die Schreibtischtäter-Initiative «Für demokratische Einbürgerungen» klar der falsche Weg und damit abzulehnen ist. In diesem Fall tritt die freisinnige Lösung von alt Ständerat Thomas Pfisterer (FDP/AG) automatisch in Kraft. Diese besagt, dass eine Einbürgerung angefochten und vor der Gemeindeversammlung zur Abstimmung gebracht werden kann. Dabei bedarf es einer Begründung und es besteht eine Rekursmöglichkeit auf kantonaler Ebene. Mit diesem Vorschlag wird die demokratische Tradition der Kantone gewahrt und der Handlungsspielraum bleibt entsprechend gross. Nur die Urnenabstimmungen wären nicht mehr erlaubt.

In der Mustergemeinde Emmen ist man sich diesbezüglich auch einig. Die Annahme der Initiative am 1. Juni 2008 wäre ein Schritt zurück in die Vergangenheit und zur Willkür. Die Erkenntnis ist gewachsen, dass mit den richtigen Mitteln, einer vom Volk gewählten und politisch gewichteten Kommission, sehr wohl demokratisch eingebürgert werden kann – und zwar mit Hirn!

Christian Wasserfallen (26), Nationalrat BE, jüngstes Fraktionsmitglied der FDP, Dipl. Masch.-Ing. FH, arbeitet im Bereich mechatronischer Systeme an der Berner Fachhochschule mit der Wirtschaft zusammen.

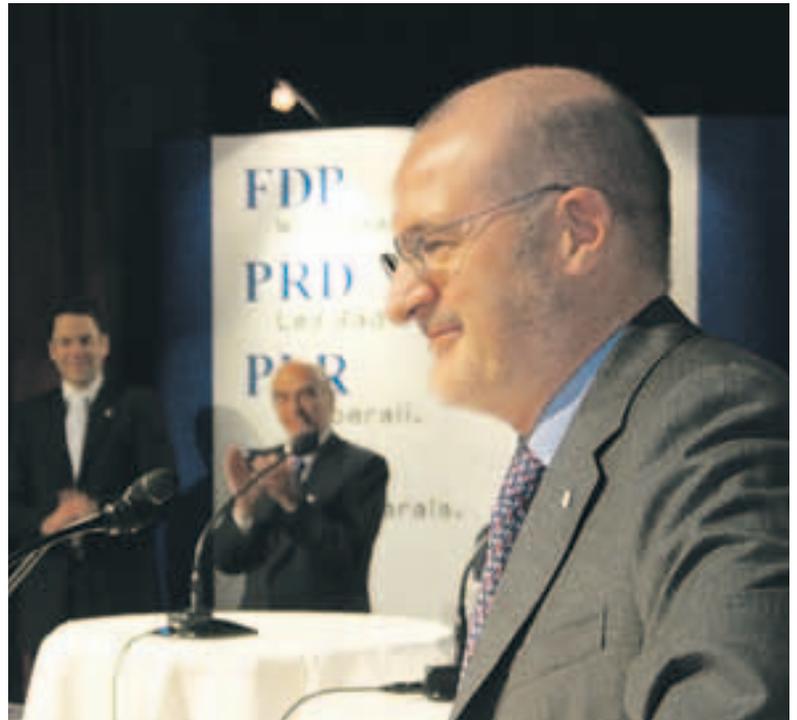


Parteitag weist den Weg

Gegen 500 Freisinnige haben am 19. April in Bern die Kernthemen der FDP festgelegt. Der erste Schritt für eine erfolgreiche Zukunft der FDP und des Landes ist damit gemacht.



Sorgt nicht nur bei Jacobbo/Müller für Lacher, sondern auch am Parteitag: Fabian Unteregger.



Glanzvolle Wiederwahl: Parteipräsident Fulvio Pelli.

Grundsätze freisinniger Politik

Wahlfreiheit

Wir stehen ein für:

- Eigeninitiative
- Wettbewerb
- Selbstverantwortung

Wir bekämpfen:

- Bevormundung
- Überregulierung
- Verbote

Wir wollen:

- Wahlfreiheit bei Lebensstil und Rollenverteilung in der Familie
- Freie Wahl bei den staatlichen Schulen
- Freie Wahl bei Verkehrsmitteln und Einkaufszeiten
- Freie Arzt- und Spitalwahl
- Sozialpartnerschaft statt Vorschriften

Leistung

Wir stehen ein für:

- Chancengesellschaft
- Selbstverantwortung
- Belohnung der Tüchtigen

Wir bekämpfen:

- Abhängigkeit vom Staat
- Sozialmissbrauch
- Gleichgültigkeit

Wir wollen:

- Eigeninitiative
- Leistung an den Schulen
- Arbeit vor Rente oder Sozialhilfe
- Flexibles und liberales Arbeitsrecht
- Eigentum fördern
- Einfachere und tiefere Steuern

Drei Stunden lang hat der Parteitag die Kernthemen der FDP für die nächsten vier Jahre intensiv diskutiert. Das Resultat sind drei Kernthemen, auf welche sich die gesamte FDP in den kommenden Jahren konzentriert. Damit wird es gelingen, das Profil des Freisinns zu schärfen und für die Bürgerinnen und Bürger wieder besser erkennbar und fassbar zu werden. Für die Bereiche Sicherheit und Umwelt wird je eine Task-Force geschaffen, um auch für diese Themen Lösungen zu aktuellen Problemen zu entwickeln.

Gemeinsam die Schweiz bewegen

Parteipräsident Fulvio Pelli hat in seiner Ansprache alle Freisinnigen aufgefordert, die Kernthemen gemeinsam zu vertreten und die öf-

fentliche Bekanntmachung abweichender Meinungen zu unterlassen. Nur mit einer grösseren Geschlossenheit und ohne Kritik aus den eigenen Reihen finde die FDP wieder zum Erfolg zurück. Für eine erfolgreiche Schweiz brauche es eine erfolgreiche FDP.

Die Köpfe zu den Themen

Um mit den Kernthemen besser wahrgenommen zu werden, wurden auch sogenannte Leuchttürme bestimmt. Sechs eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier stehen auf nationaler Ebene für die konsequente Umsetzung der Kernthemen. Beim Thema Arbeitsplätze sind dies Isabelle Moret und Johann Schneider-Ammann. Beim Thema nationaler Zusammenhalt und sichere Sozialwerke sind es Christa Markwalder und Ignazio Cassis. Beim Kernthema schlanker und bürgerfreundlicher Staat übernehmen Christian Lüscher und Philipp Müller die Führung.

**Isabelle Moret
neue Vizepräsidentin**

Am Vortag des Parteitags haben die Delegierten wichtige personelle Entscheide gefällt: Parteipräsident Fulvio Pelli wurde mit grossem Applaus für zwei Jahre wiedergewählt. Isabelle Moret hat von Léonard Bender das FDP-Vizepräsidium übernommen. Nicht mehr zur Wiederwahl gestellt hat sich Nationalrätin Gabi Huber, welche seit Februar die Bundeshausfraktion führt. Ihre Nachfolge bleibt vorerst vakant.

Im Weiteren haben die Delegierten nach fundierter Diskussion die Parolen für die Abstimmungen vom 1. Juni beschlossen (siehe Kasten).



Ein Blumenmeer für die neue Vizepräsidentin Isabelle Moret.



Jacqueline de Quattro: neue Präsidentin der FDP-Frauen und Leiterin der Task-Force Sicherheit.



Leuchtturm im Einsatz: Johann Schneider-Ammann.

Kernthemen der FDP

Kernthema 1

Schaffen wir die Voraussetzungen für mehr und bessere Arbeitsplätze. Damit meistern wir auch wirtschaftlich schwierige Zeiten.

Kernthema 2

Stärken wir den nationalen Zusammenhalt und sichern wir die Sozialwerke! Damit wird das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft gestoppt.

Kernthema 3

Schaffen wir einen schlanken, bürgerfreundlichen Staat! Denn unser Staat setzt falsche Prioritäten – zu viele Paragraphen und eine schwerfällige Bürokratie.

Parolen der FDP Schweiz zu den Abstimmungen vom 1. Juni

- Gesundheitsartikel: JA
- Maulkorbinitiative: NEIN
- Einbürgerungsinitiative: NEIN

Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs rückt näher

Die FDP-Frauen Schweiz sind erfreut, dass die Impfung von Mädchen und jungen Frauen gegen Gebärmutterhalskrebs in greifbare Nähe rückt. Sie nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich der Krankenkassenverband Santésuisse und die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) über die Kostenabgeltung geeinigt haben. Die FDP-Frauen Schweiz fordern, dass die entsprechende Vereinbarung so rasch wie möglich vom Bundesrat genehmigt wird, damit die kantonalen Impfprogramme mit Beginn des neuen Schuljahres im August 2008 gestartet werden können.



Barbara Perriard

Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

Gebärmutterhalskrebs ist nach Brustkrebs weltweit die zweithäufigste Krebsart bei Frauen. Jährlich sehen sich in der Schweiz mehr als 5000 Frauen mit der Diagnose einer Vorstufe von Krebs am Gebärmutterhals konfrontiert, rund 340 Frauen erkranken an Gebärmutterhalskrebs, etwa 90 sterben daran. Die Hälfte der Patientinnen ist dabei jünger als 50 Jahre. Ursache sind sogenannte humane Papillomaviren (HPV). Es gibt über hundert verschiedene Typen von HP-Viren, viele davon sind ungefährlich. Schätzungen zufolge haben drei Viertel aller Frauen im Laufe ihres Lebens Kontakt mit dem Virus. Die Infektion verläuft meist unbemerkt und klingt wieder ab. Die Typen 16 und 18 aber bleiben im Gewebe und können zu Krebsvorstufen und zu Tumoren führen. Andere HPV, wie z. B. 6 und 11, verursachen weitere Erkrankungen wie etwa Genitalwar-

zen. Diese beeinträchtigen das Sexualleben von Frauen massgeblich.

Erste Impfung gegen Krebs

Eine Schutzimpfung kann gegen die Infektion mit HPV vorbeugen. Bereits im Frühsommer 2007 erliessen die Eidgenössische Kommission für Impffragen (EKIF) sowie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Empfehlung zur Basisimpfung von Jugendlichen gegen das Zervixkarzinom (Gebärmutterhalskrebs) und andere durch humane Papillomaviren (HPV) verursachte Krankheiten. Sie begründeten ihren Entscheid im Wesentlichen damit, dass die Schutzimpfung gemäss von der EKIF veranlassten Analysen eine hohe Kosten-Nutzen-Effizienz zeigt. Die Impfung erlaubt es, jährlich Tausende von Krebsvorstufen und deren Behandlungskosten zu verhindern, welche die obligatorische Grundversicherung erheblich belasten. Diese werden auf jährlich rund 24 Millionen Franken geschätzt. Die EKIF wie auch das BAG empfehlen deshalb die Imp-



«Jede Frau kann an einem Zervixkarzinom erkranken. Doch bald bietet eine Impfung Schutz. Damit kann viel physisches und psychisches Leid erspart werden.»

Regierungsrätin Jacqueline de Quattro, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz

fung der Mädchen zwischen 11 und 14 Jahren sowie während 5 Jahren die Nachholimpfung für junge Frauen bis zum Alter von 19 Jahren. Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf einen Vorstoss von FDP-Ständerat Felix Gutzwiller die Impfung gegen HPV als echten Fortschritt in der Krebsprävention bezeichnet und in der Folge die Kostenübernahme durch die Grundversicherung im Rahmen kantonalen Impfprogramme geregelt.

Kantonale Impfprogramme

Die FDP-Frauen Schweiz sind in den vergangenen Monaten auf kantonaler Ebene aktiv geworden und

haben Vorstösse zur Einführung kantonalen Impfprogramme deponiert. Dabei mussten sie feststellen, dass einzig in den Kantonen GE, BL und VS bislang Schutzimpfungen vorgenommen werden. Die anderen Kantone verwiesen auf ausstehende Verhandlungen zwischen Santésuisse, GDK und Impfstoffherstellern. Die FDP-Frauen Schweiz haben diese Verzögerung angesichts der hohen Infektionsrate heftig kritisiert.

Die FDP-Frauen Schweiz sind erfreut, dass die Impfung von Mädchen und jungen Frauen gegen Gebärmutterhalskrebs nun in greifbare Nähe rückt. Sie nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich der Krankenkassenverband Santésuisse und die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) über die Kostenabgeltung geeinigt haben. Die FDP-Frauen Schweiz fordern, dass die entsprechende Vereinbarung so rasch wie möglich vom Bundesrat genehmigt wird, damit die kantonalen Impfprogramme mit Beginn des neuen Schuljahres im August 2008 gestartet werden können.



«Mit Überzeugung empfehle ich unseren Schülerinnen die Impfung gegen den Gebärmutterhalskrebs. 75% dieser Erkrankungen und viele gutartige Tumoren am äusseren Genitale können durch diese wirkungsvolle Impfung verhindert werden. Es entfallen weitere zum Teil unangenehme und belastende medizinische Eingriffe.»

Barbara Frei, Dr. med., Leiterin des Schulärztdienstes der Kantonsschulen St. Gallen, Stadtparlamentarierin St. Gallen



«Gebärmutterhalskrebs ist nach Brustkrebs weltweit die zweithäufigste Krebsart bei Frauen. Die Impfung erlaubt es, jährlich Tausende von Krebsvorstufen zu verhindern. Kantonale Impfprogramme für Mädchen sind deshalb umgehend einzuführen.»

Irene Thalmann, Wilen, Vizepräsidentin FDP-Frauen Schweiz

Wirksam und wirtschaftlich

Die FDP-Frauen Schweiz sind sich der hohen Kosten im Gesundheitswesen durchaus bewusst. Aus Sicht der FDP-Frauen Schweiz werden die Voraussetzungen der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (gemäss KVG) mit dieser Massnahme klar erfüllt, umso mehr, als die EKIF der Impfung einen hohen Kosten-Nutzen-Faktor attestiert. Mit dieser Investition in die Prävention können die hohen Folgekosten einer Behandlung im Erkrankungsfall reduziert und viel psychisches Leid verhindert werden. Eine Impfung im Rahmen von kantonalen Programmen hat verglichen mit der Impfung in

der privatärztlichen Praxis eine ungleich höhere Akzeptanz und führt zu einer höheren Durchimpfungsrate. Nach Ende der obligatorischen Schulzeit ist es zudem weitaus schwieriger, die Betroffenen zu erreichen.

Die FDP-Frauen werden sich weiter dafür einsetzen, dass in allen Kantonen die Einführung von Impfprogrammen gewährleistet ist.

Bye-bye, Marianne

(bp) Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 18. April in Bern nahm auch die FDP Schweiz von der ehemaligen Frauenpräsidentin Marianne Dürst Abschied. Fulvio Pelli würdigte ihr langjähriges Engagement und wünschte der Glarner Regierungsrätin alles Gute. Auf Marianne Dürst wartet in ihrem Kanton ein neue grosse Herausforderung, sie soll Anfang Mai anlässlich der Landsgemeinde zur ersten Glarner Frau Landammann gewählt werden! Die FDP-Frauen Schweiz wissen, dass Marianne Dürst auch in diesem Amt brillieren wird, und wünschen ihr alles Gute!



Isabelle Moret ist Vizepräsidentin

(bp) Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich über die Wahl der Waadtländer Nationalrätin Isabelle Moret zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Die Mutter einer kleinen Tochter hat sich mit ihrem Engagement für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Namen gemacht. Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit und gratulieren ganz herzlich!



«Die Infektion mit HP-Viren verläuft meist unbemerkt und klingt wieder ab. Die Typen 16 und 18 aber bleiben im Gewebe und können zu Krebsvorstufen und zu Tumoren führen. Eine rasche Einführung von Impfprogrammen für junge Mädchen verhindert schwere Erkrankungen und viel Leid.»

Maja Wanner, Präsidentin FDP-Frauen Aargau

Veranstaltung

Referat

von Dr. med. Barbara Frei, Mitglied Stadtparlament St. Gallen, anlässlich

der Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz vom 1. März 2008

www.fdp-frauen.ch

(Veranstaltungen, Generalversammlung 1. März 2008, Dokumentation)

Fusion der Jungfreisinnigen und der Jungliberalen

Die Jungparteien von FDP und LPS haben sich Mitte April auf nationaler Ebene zusammengeschlossen. Ein logischer Schritt, denn Werte und Ideen teilte man seit langem.

Am 12. April beschlossen die Delegierten der Jungfreisinnigen und der Jeunes Libéraux an der gemeinsam abgehaltenen Delegiertenversammlung in Neuenburg einstimmig die Fusion. In französischer Sprache lautet der Parteiname neu «jeunes libéraux radicaux suisses». Die Bezeichnungen im Deutschen und Italienischen bleiben unverändert.

Der gesamtschweizerische Zusammenschluss wird von der Fusion verschiedener Kantonalsektionen begleitet. Für die Delegierten aus Neuenburg war der Tag in zweifacher Hinsicht erfolgreich, da diese Sektion am Morgen des 12. April die Fusion abschloss. Die Sektion Wallis ist seit längerer Zeit integriert, im Kanton Waadt wird dies bis Ende Jahr vollzogen, und in Genf werden die entsprechenden Prozesse im laufenden Jahr vorbereitet. Bedauerlicherweise entschieden sich die Basler Jungliberalen trotz Bemühungen seitens der Jungfreisinnigen Basel, vorläufig unabhängig zu bleiben.

Der frisch fusionierte Delegiertenrat bestimmte zudem zwei Vertreter der ehemaligen Jeunes Libéraux in den Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz. Erfolgreich gewählt wurden Mathieu Erb, ehemaliger Präsident der Jeunes Libéraux, und Samuel David, der ebenfalls im Vorstand tätig war.

Pierre Weiss, Präsident der Liberalen Partei Schweiz, sowie Fulvio Pelli begrüßten in ihren Ansprachen die Fusion und stellten fest, dass diese bei den Jungparteien sehr schnell über die Bühne ging. Als symbolischen Akt inszenierten Mathieu Erb und Philippe Nantermod, Vizepräsident der Jungfreisinnigen Schweiz, die Heirat der längst verlobten Teile. Endlich fand zusammen, was längst zusammengehörte.



Philippe Nantermod (l.) und Mathieu Erb anlässlich der Fusion der beiden liberalen Jungparteien.

Den Generationenvertrag überdenken

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) publizierte Mitte April eine Studie zur wirtschaftlichen Lage der Pensionierten. Die nüchterne Feststellung: Das Armutsrisiko tragen heute die Jungen, insbesondere die jungen Familien mit Kindern. Adrian Michel, Vizepräsident der Jungfreisinnigen, erläutert dazu die wichtigsten Positionen.

Ist ein grundsätzlich neuer Generationenvertrag nötig, oder reicht es mit einzelnen Anpassungen?

Ja, der Bericht räumt definitiv auf mit der gängigen Vorstellung, dass man im Alter arm ist. Im Gegenteil, das Armutsrisiko tragen v. a. junge Familien mit Kindern. Ein Paradigmenwechsel im Denken ist unausweichlich. Die heutige Umverteilung ist vor diesem Hintergrund geradezu

skandalös. Die Jungfreisinnigen sind froh, dass diese schon lange angeprangerten Zustände auch von offizieller Seite bestätigt werden. Ein Lichtblick für die junge Generation.

Braucht es Änderungen bei der 2. Säule?

Ja, auch hier fordern die Jungfreisinnigen seit längerem, dass der Umwandlungssatz auf ein realistisches Niveau (und v. a. viel schneller als vom Bundesrat geplant) gesenkt wird (vgl. Ver-

nehmlassungsantwort UWS, April 06 – die JFS fordern 6,0% ohne flankierende Massnahmen).

Im Weiteren müssen die Anreize zugunsten einer längeren Verweildauer im Arbeitsprozess richtig gesetzt werden.

Was halten Sie von dem von BSV-Direktor Yves Rossier vorgeschlagenen «Solidaritätsbeitrag»?

Das Problem ist systembedingt. Ein Solidaritätsbeitrag löst das strukturelle Problem nicht und ist Augenwischerei. Zudem würde ein Solidaritätsbeitrag, wie er vorgeschlagen ist, eine neue Umverteilung begründen und zusätzlich Bürokratie erfordern. Die Jungfreisinnigen fordern daher seit langem eine echte AHV-Systemrevision, die den Altersquotienten als zentrales Element der Generationengerechtigkeit verankert. Dies würde bedeuten, dass neu das Verhältnis zwischen Aktiven und Rentnern über das Referenzrentenalter entscheiden würde. Damit würde auch der Entscheid über das «richtige» Rentenalter entpolitisiert. Der neue Generationenvertrag nach dem Vorbild der Jungfreisinnigen sieht vor, dass in Zukunft minimal 4 Aktive einen Rentner finanzieren müssen (Altersquotient von 25%). Dies würde bedeuten, dass das Referenzrentenalter in den kommenden Jahren auf etwa 70 Jahre steigen würde.

Gibt es weitere, möglicherweise sinnvollere Massnahmen?

Ja, aus Sicht der Jungfreisinnigen darf dieser Bericht nicht nur im Bereich der Altersvorsorge seine Wirkung haben. Die Tragweite ist viel grösser.

– Bsp. Pflegefinanzierung: Der Bericht zeigt, dass die 55–75-Jährigen die beste wirtschaftliche Situation haben. Damit ist klar, dass Rent-

nerinnen und Rentner primär aus ihrem Vermögen ihre Alterspflege zahlen sollen. Auf keinen Fall in Frage kommt für den Jungfreisinn eine Lösung über Arbeitgeberabgaben, welche die Arbeit zusätzlich verteuern, oder eine Pflegefinanzierung à la Giesskannen-Prinzip.

– Bsp. Aufgabenüberprüfung: Der Sozialbereich soll gemäss Plänen des Bundesrates um 4,4% wachsen (nach Bildung und Forschung mit 4,5%). Das ist vor dem Hintergrund des Berichts unhaltbar. Die Jungfreisinnigen fordern den Bundesrat hier zu Korrekturen auf.

– Bsp. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Der demografische Wandel verlangt nicht nur finanzielle, sondern auch soziale Veränderungen. Es braucht bessere Begleitmassnahmen, sodass Familie und Beruf gleichzeitig möglich sind.

Hält der Trend, dass die Rentner in immer besseren Verhältnissen leben, längerfristig an?

Die Erfahrung sagt Ja und in den kommenden Jahren ist dies sicher unbestritten. Wenn es aber nicht gelingen sollte, die AHV leistungsseitig auf ein nachhaltiges Niveau zu korrigieren und die Generationengerechtigkeit wieder herzustellen, dann ist mittelfristig mit einem Zusammenbruch der AHV zu rechnen. Die Baby-Boomer-Generation tritt ab 2010 in den Ruhestand, und dies wird die heutige Situation

erheblich verschärfen (vgl. Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Finanzierung der Soziallastquote, März 2006, BSV).

Ist es bereits zu spät für eine Rettung der Altersvorsorge?

Nein. Aber es ist ein rasches Umdenken in der Gesellschaft notwendig. Die demografische Entwicklung muss umfassender angegangen werden. Das Wichtigste ist, dass man den Wandel auch als Chance begreift. Weil die Lebenserwartung steigt und die Gesundheit immer besser wird, ist heute «alt» nicht mehr gleich «alt». Die Rentnerinnen und Rentner können und wollen oftmals auch über das Referenzrentenalter hinaus berufstätig bleiben. Dieses Potenzial und die Erfahrung der Älteren müssen genutzt werden mit neuen Arbeitsmodellen und kreativen Lösungen. Einer der zentralen Erfolgsfaktoren der Schweiz wird ihre Fähigkeit sein, das 4-Generationen-Modell (Jugend, Erwerbstätigkeit, aktiver Ruhestand, Pensionierte) erfolgreich umzusetzen. Die Jungfreisinnigen werden sich nicht nur für Korrekturen der Altersvorsorge einsetzen, sondern auf diese unausweichliche kulturelle Veränderung aufmerksam machen.

Tag des Steuerzahlers

Drei Tage mehr Handlungsspielraum

Der Tag der Steuerzahler fand dieses Jahr drei Tage früher statt als letztes Jahr. Bis am 14. April haben Herr und Frau Schweizer im Schnitt für den Staat gearbeitet, um die diesjährigen Steuern zu zahlen.

Diese drei Tage sind ein schöner Teilerfolg, welcher durch ein beherztes Engagement und eine konsequente Linie von Finanzminister Merz erreicht werden konnte. Für die Jungfreisinnigen reicht dies aber noch nicht. Die Schulden lasten weiterhin auf dem Buckel der kommenden Generationen. Von der Aufgabenüberprüfung erwarten die Jungfreisinnigen eine klare Entlastung. Ein Ausgabenwachstum von 3% ist vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit nicht akzeptabel.

Die Jungfreisinnigen kämpfen für Generationengerechtigkeit auf allen Ebenen und in allen Dossiers.

Eines der Hauptthemen dabei ist die finanzielle Nachhaltigkeit. Nur ein ausgeglichener Haushalt und eine erträgliche Schuldenlast erlauben wirtschaftlichen Erfolg sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen. Mit grosser Besorgnis verfolgten daher die Jungfreisinnigen die Entwicklungen in den letzten 50 Jahren. Heute brauchen wir mehr als doppelt so lange, um unsere Steuern zu zahlen. In der gleichen Zeitspanne wurden auch neue Schulden in der Höhe von über 200 Mrd. Franken angehäuft.

Am Tag der Steuerzahler weiss man also nicht recht, ob man sich

freuen kann oder nicht. Immerhin hat die Trendwende unter Finanzminister Merz eingesetzt. Dieses Jahr müssen wir drei Tage weniger arbeiten, um die jährliche Steuerschuld zu begleichen. Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen haben etwas mehr Freiheiten, ihr Geld selbständig zu investieren.

Dieser Trend muss weitergehen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu sichern und als Wohn- und Arbeitsort international attraktiv zu halten. Bereits ziehen aber wieder düstere Wolken am Horizont auf. Die einst ambitionierte Aufgabenüberprüfung des Bundesrats ist in den letzten Monaten regelrecht

in sich zusammengefallen. Heute muss festgestellt werden, dass die einstige Aufgabenverzichtsplanung nur noch ein Schatten ihrer selbst ist. Für die Jungfreisinnigen ist der aktuelle Vorschlag mit einem Ausgabenwachstum von im Schnitt 3% nicht akzeptabel. Damit ist die Nachhaltigkeit nicht gewährleistet. Ein dringend notwendiger Schuldenabbau wird auf die lange Bank geschoben. Wir fordern den Gesamtbundesrat daher zu Korrekturen im Sinne der Generationengerechtigkeit auf. Es braucht neue Prioritäten und eine Konzentration auf die Kernaufgaben.

Chance für innovative und kreative Bauern

Der Bundesrat hat am 14. März 2008 ein Mandat für Verhandlungen über ein Agrarabkommen mit der EU verabschiedet. Zur Diskussion steht ein Abkommen, welches den Abbau von Handelshemmnissen über die gesamte agrar- und lebensmittelwirtschaftliche Wertschöpfungskette umfasst.



Die Schweizer Landwirtschaft braucht Zukunftschancen und Perspektiven. Ein Landwirtschaftsabkommen mit der EU bringt beides.

Die Globalisierung fordert die schweizerische Wirtschaftspolitik heraus. Das Schicksal der Landwirtschaft in der Schweiz wird immer stärker von ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit abhängen. In den nächsten Jahren wird der aussenhandelspolitische Druck durch die WTO auf die Reform der Agrarpolitik zunehmen. Wir leben also nicht auf einer agrarpolitischen Insel. Aus diesem Grund muss sich die Schweizer Landwirtschaft auf offene Grenzen einstellen und gleichzeitig die notwendigen internen Reformen durchführen, um ihr

Potenzial auszuschöpfen. Um diese Herausforderung zu meistern, braucht die Schweiz innovative unternehmerische Bauern, die Neues wagen!

Top-Qualität für ganz Europa

Eine positiv eingestellte Landwirtschaft wird die Herausforderung des Agrarabkommens mit der EU annehmen, weil es der agrar- und lebensmittelwirtschaftlichen Wertschöpfungskette der Schweiz einen riesigen Absatzmarkt mit einer halben Milliarde Konsumentinnen und Konsumenten öffnet.

Diese Kundschaft schätzt sichere, hochqualitative Lebensmittel. Hier hat die Schweizer Landwirtschaft ihre Stärken: Viele unserer Nahrungsmittel werden besonders tier- oder umweltgerecht produziert. Bei unseren Produkten wissen die Konsumenten, was sie essen, wie das Produkt hergestellt wird und woher es kommt. Das schätzt man in Europa immer mehr. Käse, Schokolade, Fleisch aus tiergerechter Haltung sowie Convenience-Produkte im Premiumbereich sind nur ein paar Beispiele. Dafür ist die Kundschaft auch bereit, einen Mehrpreis

zu bezahlen. Die Schwierigkeiten im Aufbau einer Exportstruktur und einer Marke können gemeistert werden. Um diese Chancen nutzen zu können, ist aber eine rechtzeitige Positionierung im Markt entscheidend. Festhalten an überholten Strukturen und Angst vor der Marktöffnung werden ganz bestimmt nicht zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft beitragen. Wir dürfen hier nicht warten, bis der Leidensdruck zu hoch wird. Die Voraussetzungen sind günstig: Die rekordhohen Weltmarktpreise für Agrarprodukte haben die Massen-

Aufgaben der Landwirtschaft (Art. 104 BV)

Die Landwirtschaft trägt mit einer flächendeckenden Produktion bei zur

- sicheren Versorgung der Bevölkerung,
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft,
- dezentralen Besiedlung des Landes.

Freihandel

Als Freihandel bezeichnet man einen internationalen Handel (Aussenhandel), der nicht durch Handelshemmnisse wie Zölle oder Importkontingente eingeschränkt ist. Die Idee des Freihandels basiert auf dem klassischen Wirtschaftsliberalismus. Eine daraufhin ausgerichtete Wirtschaftspolitik bezeichnet man als Freihandelspolitik, eine dem Freihandel entgegengesetzte Politik als Protektionismus. Da Freihandel allein den internationalen Handel (Aussenhandel) zwischen souveränen Staaten betrifft, bezeichnet man den freien Handel (Verkehr) mit Waren, Kapital u. a. innerhalb von Bundesstaaten u. Ä., die verfassungsmässig einen «Binnenmarkt» haben (z. B. USA, EU), nicht als «Freihandel», sondern als «Binnenhandel».

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Freihandel>

ware verteuert. Für Weizen beträgt der Preisanstieg seit 2005 im Mittel rund 120 Prozent (Wheat Hard Kansas), bei Mais 90 Prozent (Corn Yellow). Gründe für den Preisanstieg von weltweit gehandelten Agrargütern wie Weizen, Mais, Soja und Ölsaaten sind die fulminant gestiegene Nachfrage nach alterna-

tiven Treibstoffen (mit dem Getreide, das es zur Herstellung von Ethanol für eine Tankfüllung braucht, könnte man eine Person ein Jahr lang ernähren), eine erhöhte Nachfrage nach Fleisch aus den Schwellenländern (die Produktion von 1 kg Rindfleisch benötigt 8 kg Futtergetreide) sowie eine Reihe extremer



Unausweichlicher Strukturwandel: Neue Methoden sind gefragt.

Wetterereignisse in Nordamerika, China und Australien. Der Zeitpunkt ist günstig, um mit hochpreisiger Ware auf den Markt zu kommen.

Agrarabkommen und die Verarbeitungsindustrie

Mit einer Abschottung läuft die Schweiz Gefahr, durch hohe Rohstoffpreise und einen zu kleinen Markt die Verarbeitung zu verlieren. Möglich ist auch, dass die Verarbeitungsindustrie ins Ausland abwandert. Das Agrarabkommen wird der Verarbeitungsindustrie den Zugang zu den Absatzmärkten sichern. Dies gibt der Industrie die notwendigen Perspektiven, um in der Schweiz Investitionen zu tätigen. Hinzu kommt, dass die Nahrungsmittelindustrie mit dem Abkommen ihre Kapazitäten besser auslasten kann, was ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Auch hier gilt, dass die Nahrungsmittelindustrie auf qualitativ hochstehende Produkte aus der Landwirtschaft angewiesen ist, um auf den Exportmärkten bestehen zu können. Wandert die Verarbeitungsindustrie ab, wäre das für die Landwirtschaft fatal. Aber auch in der Verarbeitungsindustrie fordert ein Agrarabkommen tiefere Preise und Strukturanpassungen.

Agrarabkommen aus der Sicht der Bauern

Die Öffnung des schweizerischen Agrar- und Lebensmittelmarktes wird mit einem tief greifenden Strukturwandel in der Schweizer Landwirtschaft einhergehen. So drastisch wie die Landwirtschaft hat kein anderer Wirtschaftszweig in unserem Land in der Vergangenheit seine Strukturen verändert und wird es auch in Zukunft tun müssen. Reformen werden unumgänglich sein, aber mit dem Abkommen haben wir die Chance, den Rhythmus und den Ablauf des Wandels und der Öffnung zu planen. Denkbar sind Exportinitiativen durch unsere Absatzförderung und ein einmaliger Beitrag, über den unsere Bauern frei verfügen können. Ein System, das dem Landwirt klar sagt, wohin die Reise geht, damit



Schweizer Qualitätsprodukte

er entsprechend investieren kann. Wetter und Schädlinge bringen genug Ungewissheit in sein Dasein. Der Strukturwandel muss von Massnahmen begleitet sein, die unseren Bauern und den vor- und nachgelagerten Bereichen gleich lange Spiesse geben wie den Betrieben in der EU. Gefragt ist aber auch die Eigenverantwortung und Eigeninitiative des Bauern: Kooperation mit andern Landwirten (Stichwort Maschinenpark) und Spezialisierung können seinen Betrieb effizienter machen und Kosten senken.

Fazit

Das Abkommen mit der EU ist eine grosse Herausforderung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für den gesamten Lebensmittelsektor. Unsere Erfahrungen beim Käse und beim Wein sowie die Erfahrungen der österreichischen Kollegen mit dem EU-Beitritt lehren uns, dass sie mit entsprechenden Begleitmassnahmen durchaus zu bewältigen ist. Diese Massnahmen helfen uns auch, uns auf die Herausforderungen der WTO vorzubereiten.

Die Schweiz braucht eine innovative Agrarpolitik, die von den Betroffenen nicht nur «Bauernopfer» verlangt, sondern die für diejenigen, die neue Wege gehen wollen, auch Perspektiven bietet. Die bemerkenswerte Beständigkeit bäuerlicher Erfahrung und bäuerlicher Weitsicht soll endlich genutzt und nicht durch eine sture, konservative Landwirtschaftspolitik mit Auflagen und Vorschriften verhindert werden.

FDP-Fraktion für Schwerpunkt im Gebäudebereich

Die FDP-Fraktion will eine sparsame und verantwortungsvolle Nutzung der begrenzt verfügbaren Ressourcen. Im Vordergrund muss dabei die Wirksamkeit und nicht umweltpolitisches Prestigedenken stehen. Deshalb stehen für die FDP-Fraktion Massnahmen im Gebäudebereich im Vordergrund. Dort ist das Sparpotenzial am grössten.



Nicht ganz dicht: Grosses Energiesparpotenzial bei Gebäuden.

Bild: Sepp Spiegl

Die Schweiz braucht eine Klima- und Umweltpolitik, welche grösstmögliche Wirkung entfaltet, ohne dabei die wirtschaftliche Prosperität abzuwürgen, denn wirtschaftlicher Erfolg ist eine Voraussetzung, um in zukunftsgerichtete und energiesparende Technologien investieren zu können. Die FDP sieht Handlungsbedarf in vier Bereichen:

1. Wärme

Dieser Bereich hat das grösste Potenzial, denn viele Liegenschaften besitzen eine völlig ungenügende Wärmedämmung. Die Schweiz muss im Bereich der Gebäudesanierungen eine Führungsrolle übernehmen. Am wirksamsten sind hierfür steuerliche Anreize; Lenkungsabgaben und Subventionen werden hingegen abgelehnt, weil sie wirkungslos sind. Die FDP schlägt u.a. folgende Massnahmen vor:

- Möglichkeit, die Kosten für energetische Sanierungen über meh-

rere Jahre steuerlich in Abzug zu bringen.

- Abschaffung der Dumont-Praxis.
- Belohnung von energetischen Sanierungen bei der Einkommenssteuer.

2. Verkehr

- Die Besteuerung der Motorfahrzeuge muss auf deren Treibstoffverbrauch basieren.
- Die Verlagerungspolitik ist konsequent und mit zielorientierten Massnahmen umzusetzen.
- Kapazitätsengpässe im Personenverkehr der Bahn sind zu beseitigen.

3. Strom

- Energieproduktion nach heutigem Mix mit Strom aus eigener Produktion.
- Auf den Einsatz CO₂-verursachender Gas-Grosskraftwerke ist zu verzichten.

4. CO₂-Emissionsreduktionen im Ausland

- Die CO₂-Kompensation im Ausland ist wirkungsvoller als im Inland (mehr Wirkung pro investierten Franken). Aus diesem Grund ist das in der Schweiz produzierte CO₂ zu mehr als der Hälfte im Ausland zu kompensieren.

Mit diesen sinn- und wirkungsvollen Massnahmen kann der CO₂-Ausstoss in der Schweiz wirkungsvoll gesenkt werden. Die FDP-Fraktion hat bereits zahlreiche Vorstösse eingereicht, welche in diese Richtung gehen.

Stopp dem Zahlungsschlendrian

Mit einem Vorstoss im Nationalrat bekämpft die FDP die schlechte Zahlungsmoral in der Schweiz. Mit der von Nationalrat Filippo Leutenegger initiierten Fraktionsmotion (08.3169 – «Stopp dem Zahlungsschlendrian») wird der Bundesrat beauftragt, den gesetzlichen Verzugszins zu erhöhen. Heute beträgt der Verzugszins nach Obligationenrecht 5%. Dieser Satz ist häufig zu tief, um dem Gläubiger alle Eintreibungskosten zu ersetzen. Denn fast jeder neunte Schuldner bezahlt seine Rechnung erst mehr als 60 Tage nach Rechnungsdatum. Durch solche verspäteten Zahlungen entgeht Gläubigern – darunter zahlreichen KMU – viel Geld. Denn sie müssen den Liquiditätsausfall mit Krediten decken, auf die sie Zinsen von bis zu 12% zahlen müssen. Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist daher die Erhöhung des Verzugszinses von 5 auf 10% angemessen. Erfahrungen im Ausland (z. B. nordeuropäische Staaten) zeigen, dass strengere Verzugszinsnormen zu einem deutlich besseren Zahlungsverhalten führen.



Verzugszins soll erhöht werden.

Bild: Keystone

Für Transparenz, Wahlfreiheit und bessere Medizin – Ja zum Gesundheitsartikel

Am 1. Juni stimmen wir über den Gesundheitsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenkassenversicherung» ab. Einerseits setzt der Gesundheitsartikel klare Schranken gegen eine Verminderung von Wettbewerbselementen auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe, zum Beispiel durch die Einführung einer staatlichen Einheitskasse.

Von Felix Gutzwiller, Ständerat/ZH

Solche Vorhaben seitens der Linken wurden von der Bevölkerung an Abstimmungen klar abgelehnt. Sowohl die Gesundheitsinitiative 2003 wie auch die Einheitskasse 2007 wurden vom Stimmvolk wuchtig verworfen. Andererseits stellt der Gesundheitsartikel Leitplanken für zukünftige Reformen im Gesundheitswesen fest. Die vier Grundsätze Transparenz, Qualität, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung werden in der Verfassung verankert.

Der Gesundheitsartikel sorgt erstmals für Transparenz

Dank dem Zeitalter des Internets können wir Preis und Qualität von Hotels, Restaurants oder Handy-Tarifen einfach und bequem verglei-

chen. Im heutigen Gesundheitswesen können hingegen keine Vergleiche zwischen Spitälern, Pflegeheimen und Ärzten gemacht werden. Daten zur Qualität fehlen völlig oder werden nicht veröffentlicht. Der fehlende Informationsfluss ist ein grosses Ärgernis. Dem Patienten wird dadurch die Möglichkeit genommen, Qualität und Preis miteinander zu vergleichen. Die Schaffung von Transparenz, sprich die Schaffung von Vergleichsmöglichkeiten bei Ärzten und Spitälern, kommt dem Patienten zu Gute.

Der Gesundheitsartikel ermöglicht die freie Wahl von Arzt und Spital

Hat sich der Patient einen Überblick über die erbrachten medizinischen Leistungen verschafft, so nimmt er nicht mehr einfach hin,

was man ihm serviert. Die Wahlfreiheit setzt einen transparenten Informationsfluss der medizinischen Leistungen voraus. Nur: Im heutigen Gesundheitssystem herrscht bezüglich Informationsfluss absolute Funkstille. Fakt ist aber: Patienten wünschen sich den freien Zugang zu medizinischen Leistungen und eine freie Wahl ihres Arztes oder Spitals. Der Gesundheitsartikel trägt diesem Wunsch Rechnung, indem er die Wahlfreiheit in der Bundesverfassung verankert.

Der Gesundheitsartikel verbessert die Qualität der medizinischen Versorgung

Die Qualität der Gesundheitsversorgung wird als Leitmotiv in der Verfassung verankert und im Hinblick auf zukünftige Reformen garantiert. Massnahmen zur Kostensenkung dürfen damit die Qualität der medizinischen Versorgung keineswegs negativ beeinträchtigen. Damit ist klar: Ärztinnen und Ärzte können auf diese Weise sicher sein, dass bei Gesetzesreformen zur Eindämmung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen die Qualität von Behandlungen und Therapien nicht in den Hintergrund geraten. Ist die Qualität der Spitäler und Ärzte transparent und können Patientinnen und Patienten ihr Spital oder ihren Arzt frei wählen, verbessern sich die Ärzte und Spitäler bezüglich ihrer medizinischen Leistungen. Damit wird unser Gesundheitswesen für alle besser.

Der Gesundheitsartikel verhindert Rationierung

Die linke Gegnerschaft will Patienten weiterhin bevormunden. Die



Felix Gutzwiller

Realität ist aber eine andere: Die Bevölkerung ist klar gegen eine Staatskasse. Sowohl bei der Gesundheitsinitiative 2003 als auch bei der Initiative über die Einheitskasse im letzten Jahr hat das Schweizer Stimmvolk zweimal deutlich NEIN gestimmt. Daraus lässt sich folgern, dass die staatliche Gesundheitsbürokratie nicht länger mehr entscheiden soll, wer nun eine medizinische Leistung, z.B. ein Hüftgelenk oder ein Medikament, erhalten soll oder nicht.

Die FMH wie auch die linken Parteien wiederum verbreiten Unwahrheiten, wenn sie von Leistungsabbau in der medizinischen Grundversorgung oder in der Pflegefinanzierung sprechen. Das Gegenteil ist der Fall. Dank dem Gesundheitsartikel werden Leistungen bei der Mutterschaft erstmals in der Bundesverfassung verankert.

Zentrale Aussagen des Gutachtens von Prof. Poledna

Das Gutachten wurde im Zusammenhang mit der Behauptung, der Vertragszwang würde durch den Gesundheitsartikel abgeschafft, vom bekannten Zürcher Rechtsprofessor sowie Gesundheitsexperten Tomas Poledna geschrieben. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass der Wortlaut von Art. 117a BV die Aufhebung des Vertragszwanges keineswegs verlangt. Hierfür benötigt es zwingend eine Änderung des KVG durch den Gesetzgeber. Dieser Beschluss des Parlaments wäre referendumpflichtig.

In einer sozialen Krankenversicherung, welche den Wettbewerb auf der Grundlage der Transparenz und der Qualität einführt und in der man die Eigenverantwortung der Versicherten ernst nimmt, ist die Aufhebung des Kontrahierungszwangs nur unter Sicherung der medizinischen Qualität, der Transparenz und der damit verbundenen Wahlfreiheit und Eigenverantwortung des Patienten möglich und sinnvoll. Die verfassungsmässigen Leitplanken Transparenz, Sicherung der medizinischen Qualität und Wahlfreiheit werden der Einführung der Vertragsfreiheit somit nicht nur enge Grenzen setzen. Vielmehr verliert die Frage der Einführung der Vertragsfreiheit dank der echten Wahlmöglichkeit des Patienten auch an Bedeutung.

Vom Gotthard bis nach Basel

Fahrplan am Esstisch im Gasthaus	↘	untersagen alles, was nicht gestattet ist	↘	steckt als Metall im Kochsalz	↘	macht grosse und kleine Brötchen	billiger Güterzug	Bankenländchen am jungen Rhein	für Magier der Zauberylinder	↘	in ihm beruhigt sich der junge Rhein	↘	Gegensatz zu juvenil
Mutter aller Väter jeder weltliche Esel	→			fliessen durch Küblis zum Rhein		innere Gewissheit Technische Hochschule	→		9				
	↘			einst Wehr b. Morgarten Kaiser aller Reussen	↘				macht Töpfe o. Musik Artikel für Englisches	→			sie fliessen durch das Schanfigg zum Rhein
			8					Kfz. am untern Nil zeigt rote Karten	→		Tauchsauce Münzmetall	→	
Badeort für Warmduscher am Rhein	→	wo auch Geld sitzt bek. Rheinschlucht				7	beliebtes Wort bei Rasern	→					
der Rhein aus der Surselva	→								6				
				Qatar Riyal die Währung in Katar	→		Landjäger im Nachbarland	Schalterstellung		leiser Niederschlag	→	werden heute mit dem Handy vermittelt	
Ohrwurm-schlager Einsteins Initialen	→			wo sich der Rhein über Felsen stürzt	→	sein Götz war etwas unflätig				11			Burgental des Hinterrheins
queren in Basel noch den Rhein		Ital. Mosaikenstadt eine in Holland	→						5		eidg. Partei Dorf zwischen Aare und Gürbe	→	
	↘							edle lateinische Sau selbstgefällig	→				Obligationsrecht letzten Endes
						kurzes Detachement Weindorf i. Prättigau	→			Vrenis Skidorf deutsches PS	→		wird von Palmen gepflückt
englische Flotte die Mitte der Manie	→			Heidis Heimat nach Joh. Spyri	→								
könnte auch Toni der Brunner sein	→	fliessen zur Donau so bläst engl. Wind	→			Akrobat im Zirkuszelt	→			4		Initialen des Musikers Ansermet	→
	↘			Bilder aufnehmen Eisenbahn-Bundesamt	→						Dorf im Tirol kumpelhafte Anrede	→	
bibl. Frauenname Nachbar v. Klingnau	→			2	Eduard bei den Amis	Kanton mit Fluglärmerger	→	Dachgeschoss kürzester Kanton	→			nun auch Euromünze Council of Europe	→
	↘							wo man unpolitische Süppchen kocht	→				
deutsche Brückenstadt am Rhein	→	1									unziemlich gekürztes Négligé	→	

Preise:

1.-3. Preis:

Je ein Buch von Alex Reichmuth, «Verdreht und hochgespielt. Wie Umwelt- und Gesundheitsgefahren instrumentalisiert werden»



So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 14. Mai 2008 eine Postkarte oder ein E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 3/08



Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 3/08 lautete: Maulkorbpflicht. Bis zum Redaktionsschluss sind bei uns 203 richtige Antworten eingegangen. Folgende Gewinner/innen hatten Glück:

- Herr Wally Steiner, Hauptstrasse 12, 3254 Messen
- Frau Heidi Johner, Hermesbühlstrasse 4, 4500 Solothurn
- Frau Käthy Weder, Neugasse 18, 9444 Diepoldsau

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht den Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Am 1. Juni:
JA zum Gesundheitsartikel

Medizinische Qualität statt Rationierung.

Agenda

Mai 2008

Fr, 16. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
Mo–Fr, 26. 5.–13. 6. Sommersession
Do, 29. Geschäftsleitung

Juni 2008

Mo–Fr, 26. 5.–13. 6. Sommersession
So, 1. Eidg. Abstimmungen
Fr, 13. Ende Sommersession
Fr, 27. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
Sa, 28. Delegiertenversammlung Olten

Herzlich willkommen



Michaela Keller hat am 1. April ihre Tätigkeit als Sekretärin im Generalsekretariat der FDP Schweiz begonnen. Sie ersetzt Claudia Castello. Wir heissen Michaela Keller herzlich willkommen und wünschen ihr viel Erfolg.

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Wir sehen eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

www.microsoft.ch/potential

Sent. ENGADIN/Scuol

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft, die „Your Potential. Our Passion.“ sind entweder eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.

Your potential. Our passion.™

Microsoft®